



An das  
Präsidium des Nationalrats  
**zHd Frau Mag. Katharina Klement**  
Parlamentsdirektion  
L1.1 – Präsidialangelegenheiten  
Dr. Karl-Renner-Ring 3  
A-1017 Wien – Parlament

Per eMail: [katharina.klement@parlament.gv.at](mailto:katharina.klement@parlament.gv.at)

**Stellungnahme zum Abänderungsantrag (4/AUA XXV GP)**

21.04.2016

Bezug: 13260.0060/1-L1.3/2016

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Verein Menschenrechte Österreich (VMÖ) wurde eingeladen, zu dem mit E-Mail vom 14. April 2016 zur Begutachtung versandten gesamtändernden Abänderungsantrag (4/AUA XXV GP) betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Asylgesetz 2005, das Fremdenpolizeigesetz 2005 und das BFA-Verfahrensgesetz geändert werden (ÄÄÄ), bis 21. April 2016 Stellung zu nehmen. Fristgerecht gibt der VMÖ nachstehende – auf seine Tätigkeitsfelder beschränkte - Stellungnahme ab.

## **1. Allgemeines**

Der VMÖ begrüßt die Intention des Entwurfs, die Rechtsberatung - entsprechend den Vorgaben insbesondere der jüngsten Judikatur des VfGH – auf einen breiteren sachlichen Anwendungsbereich zu stellen. Dies entspricht auch den Anforderungen des maßgeblichen sekundären Unionsrechts und beseitigt außerdem Abgrenzungsschwierigkeiten, die sich aus dem geltenden Recht ergeben, wenn etwa eine Rückkehrentscheidung mit einer asylrechtlichen Ab- oder Zurückweisung einhergeht.

## **2. Zu den Einzelheiten des Antrags:**

**2.1.** Zu der in den Erläuterungen nicht angesprochenen **Abschätzung der finanziellen Auswirkungen** ist darauf hinzuweisen, dass sich durch die erhebliche Ausweitung des Anspruchs der Betroffenen auf Vertretung **zusätzliche beträchtliche Kosten** im Sachaufwand des Bundes ergeben werden. Diese Kosten werden nur geringfügig durch den Wegfall der bisher bestehenden Teilnahmeverpflichtung gemindert werden. Eine detailliertere Abschätzung dieser Kosten muss der Verhandlung mit dem gemäß § 52 Abs 3 BFA-VG hierfür zuständigen Bundeskanzler vorbehalten bleiben.

## 2.2. Zur Rechtsberatung:

**2.2.1.** An die Stelle der im geltenden § 52 Abs 1 BFA-VG enthaltenen Aufzählung der rechtsberatungsrelevanten Amtshandlungen setzt der AÄA den Begriff der „Erlassung einer Entscheidung, ausgenommen Entscheidungen nach § 53 BFA-VG“. Dieser Begriff ist in zweifacher Hinsicht untauglich: Einerseits werden damit auch „positive“ Entscheidungen, also etwa Asylgewährungen, erfasst, andererseits bleiben bei dieser Begrifflichkeit Säumnisbeschwerden gänzlich ausgeblendet, für die das BVwG wiederholt (zuletzt mit B vom 5.4.2016, W159 2120314-1/3Z) Rechtsberatung zugesprochen hat, nachdem ihm das BFA den Akt vorgelegt hatte (§ 16 Abs 2 VwGVG), ohne eine Entscheidung getroffen zu haben. Es wird daher vorgeschlagen von der

„Erlassung einer ab- oder zurückweisenden Entscheidung oder einer Aktenvorlage gemäß § 16 Abs 2 VwGVG“

zu sprechen. Eine Bezugnahme auf Kostenbescheide ist dann nicht mehr erforderlich.

**2.2.2.** Bislang genügte es, wenn das BFA mit der Verfahrensordnung über die Beistellung des Rechtsberaters informierte, die Information über die Möglichkeit einer Teilnahme des Rechtsberaters an der Verhandlung erfolgte durch das BVwG anlässlich der Ladung. Nunmehr soll das Recht, sich auf Wunsch vertreten zu lassen, durchgehend von Anfang an bestehen. Es sollte daher der Verfahrensordnung eine entsprechende Information des Betroffenen beigegeben sein. Es wird daher vorgeschlagen dem ersten Satz des § 52 Abs 1 BFA-VG die Wendung anzufügen:

„... wird, der ihn auf sein Ersuchen im Verfahren vertritt.“

## 2.3. Zur Vertretung

**2.3.1.** Das durch das sekundäre Unionsrecht garantierte Recht, sich vor dem Gericht (Rechtsbehelfsverfahren) vertreten zu lassen, sieht nur eine subsidiäre Verpflichtung des Mitgliedstaates auf Beistellung eines Vertreters vor. Diesem Grundsatz sollte auch der österreichische Gesetzgeber folgen und daher den Anspruch im letzten Satz des § 52 Abs 2 BFA-VG auf sonst (professionell) unvertretene Fremde beschränken. Dies scheint umso mehr geboten, als damit Meinungsverschiedenheiten und einander widersprechende Handlungen durch zwei Vertreter vermieden werden. Demnach sollte der letzte Satz dieser Bestimmung lauten wie folgt:

„Auf deren Ersuchen haben sie die betreffenden, von keinem zur berufsmäßigen Vertretung Befugten vertretenen Fremden oder Asylwerber auch im Verfahren, einschließlich einer mündlichen Verhandlung, zu vertreten.“

**2.3.2.** Das vor allem am Sachverhalt nicht aber ausschließlich am Willen des Betroffenen ausgerichtete Objektivitätsgebot des § 48 Abs 2 BFA-VG gilt seinem Wortlaut nach nur für die „Beratungstätigkeit“. Dies kommt auch in der Verpflichtung, dem Beratenen die Erfolgsaussicht einer Beschwerde darzulegen, zum Ausdruck. Von dieser Verpflichtung zur Objektivität sollte jedoch auch die Vertretung bestimmt sein. Es sollte daher in § 48 Abs 2 der zweite Satz mit der Wendung beginnen:

„Sie haben ihre Beratungs- und Vertretungstätigkeit objektiv und nach besten Wissen...“

3. Der Verein Menschenrechte Österreich steht jederzeit für ein Gespräch im Zusammenhang mit dieser Stellungnahme zur Verfügung.

Ihr Partner für Menschenrechte



Günter Ecker